

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



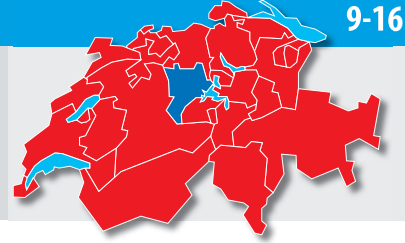
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Luzern 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr!

Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen.

Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen.

Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der sich Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen?

Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Gradlinig
Bürgerlich

Dieter Haller
in den Ständerat

und 2x auf Ihre
Nationalratsliste

www.dieterhaller.ch

Liste 1 SVP

Für eine
sichere
Zukunft
in Freiheit

Liste 1



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb
wähle ich am
22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: $\frac{1}{3}$ der Schüler hat Sprachprobleme, $\frac{1}{3}$ Lernstörungen, $\frac{1}{3}$ ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

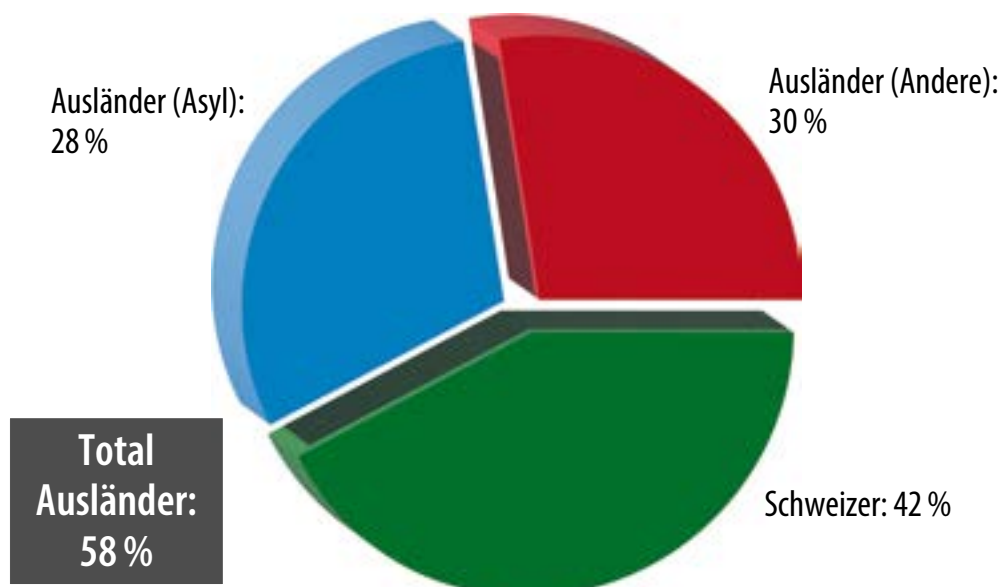
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Infra

Die Staus fünffacht! die Schweizer stoffpreise ihrer Antilichen Ver Anschlag.



Quelle: ASTRA

Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

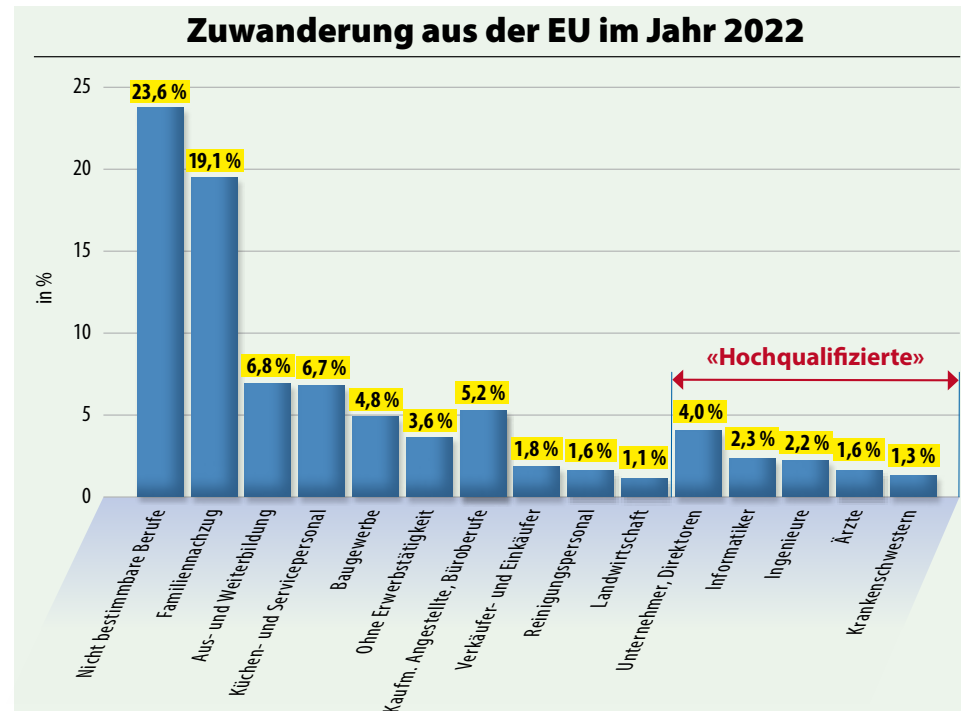
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt!

Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?









Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.




Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:

Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Unser Ständeratskandidat im Porträt

Am 22. Oktober 2023 finden die Wahlen der Bundesparlamentarier für die nächsten vier Jahre statt. Sie entscheiden, wer künftig den Kanton Luzern in Bern vertritt.

Liebe Luzernerinnen und Luzerner

Der Kanton Luzern ist meine geliebte Heimat, welche sich durch ihre Einzigartigkeit auszeichnet. Harmonisch treffen Traditionen auf Moderne, Städte auf Dörfer, sanfte Landschaften auf urbane Zentren und Seen auf steile Hänge. Werte wie Fleiss und Eigenverantwortung, sich mit Engagement einzusetzen und trotzdem die Bescheidenheit zu wahren, zeichnen uns Luzerner aus. In den letzten acht Jahren durfte ich mit viel Freude und Engagement im Kantonsrat mitwirken. Dabei hat sich unser Kanton sehr gut entwickelt und ist heute ein starker Wirtschaftsstandort sowie unbestrittenes Zentrum der Innerschweiz. Neue Unternehmen siedelten sich an, bestehende konnten sich erfolgreich weiterentwickeln und neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Der einst stark überschuldete Kanton Luzern weist heute ein Nettovermögen auf, welches ihm erlaubt, wichtige Investitionen in die Infrastrukturen die Bildung sowie das Gesundheitswesen, aber auch in die Gesellschaft sowie die Kultur und den Sport zu tätigen. Unser Kanton ist auf dem besten Weg, sich unabhängig von externen Einflüssen zu entfalten. Trotzdem ist es unabdingbar, die Ausgabendisziplin im Einklang mit der Schuldenbremse konsequent einzuhalten. Dies ist auch notwendig, da doch die bisherigen Ausschüttungen der Nationalbank zukünftig wegfallen werden.

Seitens der Bundespolitik stehen wichtige Projekte an, welche unseren Kanton stark betreffen. Sei es das Gesamtsystem «Bypass Luzern», welches Entlastung auf der Nationalstrasse im Grossraum Luzern bringen soll, oder auch der Durchgangsbahnhof Luzern. Bereits heute haben wir mit überlasteten

Verkehrssystemen, mit einer massiv steigenden, importierten Kriminalität, mit einer hausgemachten Wohnungsnot, einem nicht mehr finanzierbaren Gesundheitssystem und einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Diese zentralen Probleme in unserem Land sind zum grössten Teil auf eine seit vielen Jahren gelebte, unverhältnismässige, ungebremste und verfehlte Migrations- und Asylpolitik zurückzuführen. Unbestritten, eine regulierte Zuwanderung würde uns auch Arbeitskräfte bringen, ohne welche gewisse Lebensbereiche nicht mehr ganz optimal funktionieren würden. Eine Zuwanderung von über 180 000 Personen wie im letzten Jahr können wir ganz einfach nicht bewältigen. Das notwendige Augenmass und der gesunde Menschenverstand wurden in diesem Zusammenhang ganz einfach beiseitegeschoben, da schlussendlich der einfache Bürger und Steuerzahler die Rechnung zu begleichen hat. Dieser Entwicklung ist mit allen zur Verfügung

«Werte wie Fleiss und Eigenverantwortung, sich mit Engagement einzusetzen und trotzdem die Bescheidenheit zu wahren, zeichnen uns Luzerner und Schweizer aus.» Dieter Haller, Ständeratskandidat

stehenden Mitteln Einhalt zu gebieten.

Wir brauchen im Ständerat gradlinige Personen, welche die Anliegen und Sorgen unserer Kantonsbevölkerung, unserer Landwirtschaft und unseres Gewerbes konsequent und zielgerichtet aufnehmen und diese mit aller Kraft vertreten. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als der Bundesrat beim ersten Paket der Bilateralen von einer Net-

tozuwanderung von maximal 10 000 Personen sprach, was heute wie ein schlechter Witz klingt. Des Weiteren wurde auch ein unsäglicher Verfassungsbruch begangen, indem die von unserer Bevölkerung angenommene Masseneinwanderungsinitiative ganz einfach nicht umgesetzt worden ist. Dabei sollten doch die gewählten Bundesparlamentarier ihre Bevölkerung bzw. den Kanton, welcher sie nach Bern delegiert hat, vollumfänglich vertreten. Ehrliche Politik bedeutet für mich, Volksentscheide nicht nur zu respektieren, sondern diese auch konsequent umzusetzen.

Zusammen erreichen wir viel. Ich freue mich über Ihre Stimme als Ständerat und danke Ihnen dafür recht herzlich.

Dieter Haller, Sie sind selbstständiger Unternehmer in der Personaldienstleistung, wie kam es dazu?

In die Branche der Personaldienstleister kam ich vor rund 15 Jahren durch Zufall. Bis zu meinem Sprachaufenthalt in Kanada war ich als Selbstständigerwerbender mit meinem damaligen Geschäftspartner in der Gebäudetechnik tätig. Als ich vom Sprachaufenthalt zurückkam, habe ich mich beruflich neu orientiert. Ein grösseres Personalverleihunternehmen machte mir das Angebot, als Quereinsteiger in diesem herausfordernden Segment Fuss zu fassen. Nach kurzer Zeit wurde mir bereits die Filialleitung übertragen und ich wurde anschliessend zum Direktor befördert. Seit fünf Jahren bin ich wieder selbstständig und biete mit der «Haller Works» Dienstleistungen in den Bereichen Regiemontagen, Personaldienstleistungen und Montagen an.

Sie waren früher aktiver Ringer, später im Verbandscoaching bei den Schwingern?

Seit meinem sechsten Lebensjahr bin ich dem Sport als solchem verfallen und durfte dadurch viele prägende, unvergessliche Momente geniessen. Ich lernte, nach Niederlagen als fairer Verlierer wieder aufzustehen, die Situation einer eingehenden Analyse zu unterziehen und mit einem zielgerichteten Training beim nächsten Einsatz erfolgreicher zu sein. Während meiner Juniorenzeiten in den 90er-Jahren gelang es mir, mich in die 1. Mannschaft des RC Willisau, der heutigen RCW Lions, emporzukämpfen. Als Teil dieses grossartigen Vereins durfte ich gemeinsam mit der Mannschaft harte und schweisstreibende Trainingseinheiten absolvieren, Kameradschaften pflegen und viele Schweizer-Meistertitel feiern. Schwingen war schon immer eine Sportart, welche mich faszinierte. Waren doch mehrere gute Freunde von mir in diesem Sport aktiv. Als Schüler war es mir noch möglich, diese traditionsreiche Sportart zu betreiben. Als Leichtgewichtler, ab dem Juniorenalter, war dies jedoch nicht



Unser Ständerat Dieter Haller: GRADLINIG. BÜRGERLICH.

mehr möglich. Kurze Zeit nach dem Eidgenössischen in Burgdorf bekam ich eine Anfrage, welche mein Leben für die nächsten sechs Jahre stark prägen sollte. Ein neuer Verbandscoach sollte beim Berner Verband aus Einzelsportlern ein erfolgreiches Team aufbauen. Diese Herausforderung faszinierte mich sofort, weshalb ich nach Rücksprache mit meiner Frau zusagte. Nach dem Eidgenössischen in Zug konnten wir als Kern-Staff unsere Arbeit erfolgreich abschliessen und an das neue Führungsteam übergeben.

In der Politik haben Sie sich ein grosses Renommee erarbeitet.

Herzlichen Dank. Dies setzt Gradlinigkeit voraus, welche mir als Basis all meiner Tätigkeiten dient. Auch wenn ich mich schon immer für politische Themen interessierte, kam ich eher durch Zufall in die Politik. Bei einem Auftrag eines Kunden, damals noch in der Gebäudetechnik, fragte mich dieser an, ob ich mich bei den Parlamentswahlen in Emmen zur Verfügung stellen könnte, um die SVP-Liste mit einem jungen Unternehmer zu ergänzen. Als politisches Greenhorn, jedoch mit grossem Interesse, sagte ich zu und wurde erstmals in ein kommunales Parlament gewählt. Als Mitglied der Ortsplanungskommission kamen spannende Themen und Geschäfte auf mich zu, welche ich mit grosser Freude in der Kommission und im Rat vertreten durfte. Als ich mit meiner heutigen Ehefrau nach Littau/Luzern zog, musste ich den Rat in Emmen verlassen. Kurze Zeit später fragte man mich als Mitglied für die Einbürgerungskommission der Stadt Luzern an, in welcher

ich im Anschluss daran wertvolle, aber auch äusserst ernüchternde Dialoge mit den Einbürgerungskandidaten/innen führen durfte. Mit dem Einzug in den Grossen Stadtrat verliess ich die Einbürgerungskommission. Seit 2015 politisiere ich mit Leidenschaft im Kantonsrat. In der ersten Legislatur in der Aufsichts- und Kontrollkommission als Leader in der Subkommission Bildung und Kultur, seit meiner zweiten Legislatur in der Finanz- und Kontrollkommission. Parteipolitisch präsidiere ich unseren Wahlkreis Stadt Luzern, bin Vizepräsident unserer Kantonalpartei und des Weiteren im Parteivorstand der SVP Schweiz tätig.

Nebst dem, dass Sie immer noch sportlich sehr aktiv sind, trifft man Sie auch als Fasnächtler an.

Durch einen Bekannten wurde ich angefragt, ob er mir die Wey-Zunft Luzern anlässlich eines Anlasses vorstellen dürfe. Die Kameradschaft faszinierte mich von Anfang an und natürlich auch das Motto der Zunft, welches lautet: «Geselligkeit und Narretei – Wohltätigkeit sei mit dabei.» Dies bewog mich zum Beitritt und zu einer aktiven Mitgestaltung des Kulturgutes «Lozärner Fasnacht». So durfte ich während mehrerer Jahre als Sujet-Präsident mit unseren Darbietungen, wie z.B. das Jubiläum des grossen Leonardo da Vinci oder der «MaFIFA», den Umzugszuschauern ein Lachen ins Gesicht zaubern und diesen viel Freude bereiten. Seit Kurzem vertere ich die Wey-Zunft Luzern im «Lozärner Fasnachtskomitee» (LFK) als Archivar, oder wie wir sagen, als «staubmilbengeplagter Archivarius».



Windräder oder Zuwanderer – beides braucht Platz!

Den Landbesitzern droht die Enteignung. Ideologie oder Realität – Träumereien oder das Machbare. Schon dem ehemaligen Bundesminister Franz Josef Strauss war klar: «Selbst dann, wenn man eine rosarote Brille aufsetzt, werden Eisbären nicht zu Himbeeren.» Die Politik braucht bei den künftigen Herausforderungen Strategien, Pläne und Lösungen. Die enorme Zuwanderung steuert unsere Klima- und Verkehrsressourcen. Eine 10-Millionen-Schweiz ist kein Alptraum mehr und auch keine Lösung.

Bundesrat und Parlament setzen Rahmenbedingungen und Klimaziele bis ins Jahr 2050. Keine Verbote, keine höheren Gebühren sollen auferlegt werden. Erreichen sollen wir diese Ziele mit Sonne, Wind und Wasser. Auf fossile

Energie wie Öl, Gas und Benzin muss in Zukunft verzichtet werden. Es soll hier keine weitere Debatte zum Klimagesetz folgen. Das Volk hat sich vorerst für diesen grünen Weg entschieden. Was sich viele Bürgerinnen und Bürger je-

doch zu Recht fragen, ist, woher nehmen wir den Platz! Solaranlagen auf den Häusern und an Felsen machen uns von China abhängig, Windräder auf der Alm verdrängen die Biodiversität und stehlen dem Besitzer ihr Eigentum.

Die Initianten von Freie Landschaft Aargau und Luzern gründeten für die Bekämpfung einer landwirtschaftlichen Vernichtung einen Verband. Projekte wie Pro Lindenberg in Beinwil AG, Stierenberg in Rickenbach LU, Projekt

Stockrüti oberhalb Reitnau und Altrüti, sowie der Windpark auf dem Menzberg haben eines gemeinsam, sie zerstören nachhaltig den Lebensraum von «Mensch und Tier» und nehmen in naher Zukunft Schweizer Bürgern ihr Eigentum weg.



Symbolbild

Die Luzerner SVP-Redaktion zitiert den Verband Freie Landschaft zu den Projekten:

PRO LINDBERG

Der Verein Pro Lindenberg setzt sich gegen den Windpark auf dem Lindenberg in Beinwil AG zur Wehr. Er hat sich den Schutz und die Weiterentwicklung des heutigen bestehenden Naherholungsgebietes auf die Fahne geschrieben. Es geht darum, dieses einmalige, an Nebeltagen für Hunderte von Menschen wichtigste Naherholungsgebiet des Mittellands in seiner Form zu bewahren.

IG GEGEN WINDPARK LINDBERG

Die Interessengemeinschaft gegen Windpark Lindenberg – Hitzkirch kämpft gegen das gleiche Projekt von Luzerner Seite aus.

SCHÜTZT UNSEREN STIERENBERG

Der Verein IG «Schützt unseren Stierenberg» setzt sich für den Schutz der Natur

und Erhalt der Landschaft auf dem Stierenberg in Rickenbach LU ein.

IG LEBENSQUALITÄT OBERES SUHRENTAL

Die IG Lebensqualität Oberes Suhrental kämpft gegen die Wind-Projekte Stockrüti oberhalb Reitnau und Altrüti oberhalb Staffelbach. Das Suhrental ist nicht nur ein Naturparadies, sondern auch ein beliebtes Naherholungsgebiet für Menschen aus der ganzen Region. Ein Windpark bedroht nun das Gebiet des Suhrentals.

IG PRO MENZBERG

Die IG Pro Menzberg widmet sich ganz dem Erhalt der einzigartigen voralpinen Hügellandschaft Napf, die mit dem Windpark-Projekt auf dem Menzberg nachhaltig zerstört würde.

Eine einzigartige Landschaft zerstören für zufällig anfallende Stromproduktion monströser Windanlagen? Wir wollen es genau wissen.

Urs Waltenspül, Elektroingenieur, gearbeitet bei verschiedenen Telekommunikationsfirmen im In- und Ausland, zuletzt gearbeitet als Informatik-Projektleiter bei Swisscom, seit 2022 pensioniert, verheiratet, zwei Kinder.

Urs Waltenspül, wieso setzen Sie sich als Präsident von Freie Landschaft Aargau & Luzern dermassen für den Erhalt von Naherholungsgebieten ein?

Ich bin in Beinwil (Freiamt) auf dem Lindenberg in der Nähe des Horbens aufgewachsen. Obwohl ich seit über 30 Jahren nicht mehr dort wohne, bin

ich mit dieser Gegend weiterhin sehr verbunden. Je mehr ich mich mit dem Windpark Lindenberg befasse, umso mehr bin ich schockiert über das Ansinnen, in diesem wertvollen Naherholungsgebiet eine Windindustriezone zu errichten. Lange Zeit waren in der Schweiz zu Recht relativ wenige Stand-

orte für Windparks ernsthaft im Gespräch. Als vor zirka einem Jahr auch im Kanton Luzern, wie auch in der übrigen Deutschschweiz, die grosse Euphorie ausbrach, musste sich Freie Landschaft Schweiz schlagkräftiger organisieren, um nicht nur die lokal begrenzte, sondern auch die totale Verschandelung der Schweiz durch Hunderte von gigantischen, bis 240 Meter hohen Windturbinen zu bekämpfen. Deshalb haben wir die Sektion Freie Landschaft Aargau & Luzern gegründet. Wir haben diese beiden Kantone in einer Sektion zusammengefasst, weil einige Projekte kantonsübergreifend sind oder sonst nahe bei der Kantongrenze stehen.

Sie wehren sich hauptsächlich gegen Windparks. Als Elektroingenieur haben Sie bestimmt auch eine Meinung zu der Elektrifizierung der Schweiz. Haben wir im Jahr 2050 genug Energie für Wirtschaft und Gesellschaft?

Wenn wir mit der aktuellen «Energiestrategie» weitermachen, werden wir

sicher nicht genug Energie für Wirtschaft und Gesellschaft haben. Die sogenannte Energiestrategie ging von einem sinkenden Stromverbrauch durch Sparen, von neuen Gaskraftwerken zumindest als Übergangslösung und von zusätzlichen Importen aus. Diese Voraussetzungen stimmen nicht mehr, sondern wir haben einen stark steigenden Stromverbrauch durch Elektrifizierung und wollen weg vom Gas zu Netto-Null CO₂. Importe aus Ländern mit ähnlichen Problemen werden eher schwieriger.

Im Vorfeld der Klimagesetz-Abstimmung behaupteten die Natur- und Klimaforscher, dass wir fossile Brennstoffe ohne Probleme mit erneuerbarer Energie ersetzen können?

Zu behaupten, dass das ohne Probleme gehen sollte ist absolut realitätsfremd. Genügend Fotovoltaik- und Windenergieanlagen zu erstellen, wäre nur mit einer totalen Diktatur möglich. Die Windlobby spricht sogar von bis zu 4400 Anlagen. Ausreichende Speiche-



runge ist nur mit einer Verdoppelung bis Verdreifachung der heutigen Speicherkapazität möglich. Das würde zirka zehn zusätzliche Speicherseen der Grösse von Grande Dixence bedingen. Welche zusätzlichen Alpentäler will man überfluten? Alternative Speichertechnologien können das Problem etwas entschärfen, aber niemals lösen!

Wie werden solche «ideale Windpark-Plätze» auserwählt?

Diese Frage müssten Sie den Initianten stellen. Abgesehen davon, dass die Schweiz generell kein Windland ist, gibt es in der Schweiz nur ganz wenige «ideale» Standorte; Orte, wo zu fast allen Tageszeiten ein mehr oder weniger konstanter Wind weht, sprich Talwind am Tag und Bergwind am Abend. Windparkbetreiber aus Nordeuropa schütteln den Kopf über unsere unrealistischen Pläne.



Sicht auf den geplanten Stierenberg, Hinweis auf die Simulation: www.mullwiler-gegenwind.ch/media/videos/01-Visualisierung-Windpark-Stierenberg.mp4

«Die finanziellen Möglichkeiten der Privateigentümer sind meistens beschränkt und die Kosten für die Gerichts- und Anwaltskosten sind hoch. Den Initianten (zumeist kantonsnahe Betriebe) stehen hingegen praktisch unbeschränkte Mittel zur Verfügung.»

Urs Waltenspül, Elektroingenieur

Wem gehören hauptsächlich diese Landparzellen, bestimmt auch Privatbesitzern oder? Es sind fast ausschliesslich private Landbesitzer, wozu ich auch Genossenschaften und Kooperativen zähle.

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass jeder Landeigentümer einfach sein Land hergibt?

Das stelle ich mir auch nicht so vor, aber die Windparkbetreiber gehen bei der Akquisition von Standorten sehr professionell vor. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Wird es in Zukunft Härtefälle und Prozesse zwischen Behörden, Initianten und Privateigentümern geben?

Für mich ist praktisch jede zusätzliche Windturbine ein Härtefall. Der angeordnete Schaden ist vielfältig und wird mit vielen teuren Ausgleichsmassnahmen nur wenig abgemildert. Prozesse sind sicher zu erwarten, wobei die Spiesse sehr unterschiedlich lang sind. Die finanziellen Möglichkeiten der Privateigentümer sind meistens beschränkt und die Kosten für die Gerichts- und Anwaltskosten sind hoch.

Den Initianten (zumeist kantonsnahe Betriebe) stehen hingegen praktisch unbeschränkte Mittel zur Verfügung. Entschädigungen von Gebäudeeigentümern wegen der Wertminderung, die bis zur Unverkäuflichkeit gehen kann, kann ich mir aber durchaus vorstellen.

Unser Land steuert scheinbar unaufhaltsam einer 10-Millionen-Schweiz entgegen. Damit wird das Problem von Energieverfügbarkeit nicht kleiner?

Das ist eindeutig so. Der grösste Anstieg des Strombedarfs kommt aber von der – an sich sinnvollen – Elektrifizierung des Verkehrs und den Gebäudeheizungen.

Wie sieht für Sie die Energieversorgung von morgen aus?

Wasserkraft kann noch etwas ausgebaut werden, aber es gibt nicht viele unumstrittene Projekte. Fotovoltaik hat noch viel Potenzial, wobei zuerst bestehende Infrastrukturen genutzt werden müssen. Solche gibt es auch in den Bergen. Biogas wird ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten und wird leider noch viel zu wenig genutzt. Wir müssen über alle Technologien offen informiert werden, auch über die Kernenergie und Geothermie. In unserem Land haben wir die letzten zehn Jahre kaum Informationen erhalten



über die Fortschritte bei diesen beiden Technologien, im Ausland macht man aber vorwärts.

Die SVP Kanton Luzern ist überzeugt, dass früher oder später Landwirtschaftszonen für ausreichende Energieproduktion und Wohnraum benötigt werden. Diesen zusätzlich benötigten Platz findet man nicht in der Stadt, sondern auf dem Land. Schweizer Bürgerinnen und Bürger be-

fürchten zu Recht, dass wegen einer strategielosen Klimapolitik und link-grüner Ideologie ihr Eigentum und damit ihre Existenz genommen wird. Träumereien haben bei einer Existenzbedrohung nichts zu suchen!

Die SVP steht für ein verfassungsmässig garantiertes Eigentum ein!



Symbolbild; So könnte es bald bei uns in der Schweiz heissen!

Links-Grün zerstört Mobilität und Wirtschaft

Der Blick gehört auf die Strasse und nicht auf den Tacho. Sei es ein Abbau von Parkplätzen, Einbahn und Fahrverbote in Ladenstrassen oder wirtschaftsfeindliche und gefährliche Tempo-30-Zonen. Die linksgrüne Politik sagt den Autofahrern und Autofahrerinnen den Kampf an. Die SVP Kanton Luzern hält dagegen und reichte im Juni 2023 die Volksinitiative Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen ein.



Daniel Keller, Vorstandsmitglied TCS WS / Vizepräsident AG-Politik TCS WS

Eines ist erwiesen, Autos sind nicht für Tempo 30 gemacht. Nur schon das Standgas nimmt einen Drittel dieser Geschwindigkeit in Anspruch. Der Fuss auf das Bremspedal und der ständige Blick auf den Tacho sind bei Tempo 30 notwendig. Gehört die Aufmerksamkeit von Autofahrern nicht eher den Verkehrsteilnehmern statt der Geschwindigkeitsbeschilderung? Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen führt zu grösserem Verkehrsaufkommen auf Neben- und Quartierstrassen und lenkt damit den Verkehr an Schulhäusern und Kindergärten vorbei. Haben wir mit diesen Massnahmen die Verkehrssicherheit und eine Verkehrsberuhigung tatsächlich erhöht? Wir klären das mit TCS-Vorstandsmitglied Daniel Keller.

Was sind aus Sicht des TCS aktuell und für die Zukunft die grössten Herausforderungen im motorisierten Individualverkehr?

Die freie Wahl der Verkehrsmittel ist heute gesetzlich festgehalten, dieser Grundsatz muss auch in Zukunft seine Gültigkeit haben. Der MIV darf nicht

weiter eingeschränkt werden. Aus diesem Grund unterstützt der TCS den Gegenvorschlag der Anti-Stau-Initiative. Dieser wurde im Juni im Luzerner Kantonsrat von allen drei bürgerlichen Parteien FDP, Mitte und SVP klar unterstützt. Dieser sieht vor, dass z.B. keine Fahrspuren zulasten des MIV reduziert werden dürfen. Der Verkehr muss weiterhin flüssig gehalten werden; künstliche Staus, wie wir es auch aus der Stadt Zürich kennen, müssen vermieden werden. Die Erreichbarkeit der Zentren hat für uns oberste Priorität. Auch eine ausreichende Anzahl Parkplätze muss erhalten bleiben und ggf. ausgebaut werden, um diesem Anspruch zu genügen.

Mehr Leute, mehr Autos, mehr Strassen? Wann sind die Kapazitäten vor allem in der Stadt Luzern aufgebraucht?

Ein Ausbau der Strassenkapazität in einer Stadt wie Luzern ist tatsächlich mehr als anspruchsvoll. Bei den Autobahnen gibt es noch freie Kapazitäten, um die Anzahl Fahrspuren zu erhöhen. Was der TCS auch begrüsst. Es bleibt künftig wohl nichts anderes übrig, als die sogenannten Hauptverkehrszeiten auszudehnen. Dazu braucht es eine gewisse Flexibilität der Verkehrsteilnehmer, wo immer es auch möglich ist. Gefordert ist der Berufs- wie der Freizeitverkehr.

Wie abhängig sind die Geschäfte vom motorisierten Individualverkehr?

Für den Detailhandel ist es überlebenswichtig, dass genügend Parkplätze in der näheren Umgebung vorhanden sind. Ansonsten werden viele Läden aus den Zentren verschwinden, weil sie wirtschaftlich nicht mehr überlebensfähig sind. Was wiederum dem Tourismus schaden, aber auch den Ansprüchen und der Erwartungshaltung der einheimischen Bevölkerung entgegenlaufen würde.



Die Zukunft gehört den Elektrofahrzeugen. Wann kann sich auch ein Familienvater mit einem Monatslohn von Fr. 5500.– so ein Fahrzeug leisten?

Elektrofahrzeuge sind in vielen Fällen noch deutlich teurer. Besonders wenn ein grosses Fahrzeug für Familie und Transporte benötigt wird, wird ein solches Familienbudget wohl nicht ausreichen. Das noch grössere Problem besteht aber darin, dass bis auf absehbare Zeit bei Aussenparkplätzen sowie Garagen von Mietwohnungen keine Anschlussmöglichkeit für Elektroautos vorhanden sein wird. Die Transformation von sog. Verbrennern auf Elektroautos geschieht unter zeitlich unrealistischen Voraussetzungen. Es gibt des Weiteren noch einige Probleme auch bei der Strom-Infrastruktur zu lösen!

Die linksgrüne Politik setzt auf erneuerbare Energie und wird früher oder später die fossilen Treibstoffe verbieten. Befürchten Sie nicht einen Ressourcenengpass für die Elektrofahrzeuge?

Das neue Energiegesetz sieht tatsächlich solche Massnahmen vor: nämlich dann, wenn neue Gesetze aus diesem Rahmengesetz beschlossen würden. Ich bin zuversichtlich, dass sich bürgerliche Kreise wie auch der TCS gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen werden, wenn da-



mit ein wesentlicher Teil der Bevölkerung nicht mehr mit dem Auto mobil sein sollte. Die Realität wird uns noch einholen, fossile Treibstoffe werden nicht bald verboten. Es ist zu hoffen, dass durch neue Entwicklungen von Batterietechniken ein Ressourcenengpass bei den Elektrofahrzeugen verhindert werden kann. Es sieht für die nahe Zukunft schon recht vielversprechend aus. Ob genügend Strom aus Bandenergie rund um die Uhr und über das ganze Jahr vorhanden sein wird, ist aber Stand heute noch völlig offen!

Was bedeuten flächendeckende Tempo-30-Zonen für den Kanton Luzern, für die Mobilität, aber auch für das Gewerbe?

Der Kanton sieht (noch!) keine flächendeckende Einführung von Tempo 30 vor. Der TCS lehnt aber auch Teilstrecken von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen wie z.B. neu in Root klar ab. Es ergibt sich kein wirklicher Mehrwert, aber ein unübersichtlicher Flickentepich von Tempo-30- und 50-Abschnitten auf unseren Hauptstrassen. Das führt zu einer unerwünschten Rechtsunsicherheit. Zudem wird sich so der Verkehr kürzere Wege direkt durch die ebenfalls mit Tempo 30 signalisierten Quartiere suchen, was nicht erwünscht ist. Der Verkehr soll auf den Hauptstrassen

sen fließen können. Tempo 50 hat sich bewährt. Darum unterstützt der TCS WS aktiv die Volksinitiative zur Beibehaltung von Tempo 50 auf den Hauptverkehrsachsen im Kanton Luzern.

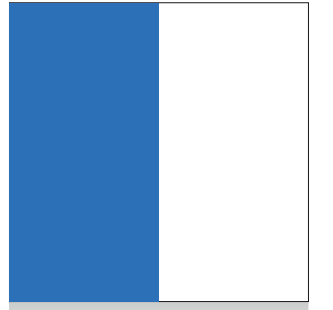
Die Regierung des Kantons Luzern will aus Sicherheitsgründen, aber auch wegen Lärmemissionen möglichst flächendeckend Tempo 30 einführen. Macht das Sinn, wenn doch in Zukunft nur noch lärmarme Verkehrsmittel auf den Strassen sind?

Aus meiner Sicht keine besonders sinnvolle Frage. Von sich aus solche Fragen zu bewirtschaften, ist nicht immer wirklich sinnvoll, da am Schluss für viele Leute eine Glaubenssache, trotz wissenschaftlicher Ergebnisse. Es ist ja so, dass auch bei Elektroautos – besonders innerorts im fließenden Verkehr – die Lärmemissionen vor allem durch die Abriebgeräusche entstehen. In der Praxis bringen Tempo-30-Massnahmen bei der Lärmreduktion zu wenig. Studien haben auch ergeben, dass in Bezug auf die Verkehrssicherheit auf den Hauptstrassen kaum eine signifikante Reduktion von Unfällen verzeichnet werden kann. Ein Mehrwert kann Tempo 30 in der Nähe von Schulhäusern ergeben. Diese wiederum liegen aber meistens in heute schon mit Tempo 30 signalisierten Quartieren.

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste

1



Reto Frank

Persönlich

Geboren: 1960
Wohnort: 6045 Meggen
Zivilstand: in Partnerschaft

Beruf: dipl. Elektro- und
Wirtschaftsingenieur
FH / STV,
Berufsmaturitätslehrer
Kinder: 3

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Käse, Gemüse, Obst, Jogurt, Eier, Butter, Kaffeerahm

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Claude Nicollier, der trotz eines Autounfalls alles daran setzte, wieder fliegen zu können, und es schliesslich als einziger Schweizer in das Weltall schaffte, wo er bei seinem ersten Weltraumausstieg am Hubble-Weltraumteleskop wichtige Reparaturen durchführte.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Mit allen Menschen, die sich für Werte zum Wohle der Gesellschaft und besonders für die Schweiz einsetzen und dafür kämpfen, wie zum Beispiel Christoph Blocher, der auch noch ein sehr erfolgreicher Unternehmer war.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Am meisten meine Partnerin.

Meine politischen Schwerpunkte

- Die Schweiz muss stark, unabhängig und sicher bleiben – dafür setze ich mich ein.
- Die Schweiz muss sich nachhaltig weiterentwickeln können: bewusster Umgang mit Ressourcen und Schutz des Lebensraumes – dafür setze ich mich ein.
- Die Schweiz muss ihrem «Rohstoff» Bildung Sorge tragen, damit sie mit ihren innovativen Produkten und Serviceleistungen weiterhin an der Weltspitze bleibt – dafür setze ich mich ein.

Warum ich kandidiere

Die Schweiz liegt mir am Herzen – dafür möchte ich mich mit meinen politischen Schwerpunkten im Nationalrat einsetzen!



Franz Grüter

Persönlich

Geboren: 1963
Wohnort: 6205 Eich
Zivilstand: verheiratet

Beruf: Unternehmer
Kinder: 3

Politik / Gremien / Mitgliedschaften

- Seit 2015 Nationalrat
- Stabschef SVP Schweiz
- Präsident Aussenpolitische Kommission NR

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Ein kühles Bier von der Brauerei 531 aus Bäch (Gunzwil)

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Winston Churchill

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Mit dem Schwinger Joel Wicki

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Der Komiker Veri

Meine politischen Schwerpunkte

- Eine sichere, bezahlbare und unabhängige Energieversorgung
- Für eine unabhängige Schweiz ohne institutionelle Anbindung an die EU
- Für eine starke und voll ausgerüstete Armee, ohne Anbindung an die NATO
- Für tiefe Steuern und geringe Abgaben

Warum ich kandidiere

Das Erfolgsmodell Schweiz ist gefährdet. Eine enorme Zuwanderung und zunehmende Regulierung schwächen uns. Tragen wir Sorge zu unserer Heimat. Ich bin bereit, mich mit meiner politischen und unternehmerischen Erfahrung weiter dafür einzusetzen, dass die Schweiz ein Erfolgsmodell bleibt.



Dieter Haller

Persönlich

Geboren: 1974
Wohnort: 6014 Luzern

Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmer

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Milch, Gemüse und Käse. Auf keinen Fall darf Seehund-Vanilleglace im Gefrierfach fehlen ... das ganze Jahr.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Personen, welche offen, ehrlich und vertrauenswürdig sind. Es sind Menschen, welche sich in der Gesellschaft einbringen, sei es durch eine gute Arbeit im Beruf,

der Politik, im Privaten oder in den Vereinen.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Auf einen Kaffee mit dem Schweizer Ausnahmeathlet Marco Odermatt würde ich mich sehr freuen. Seine Leistungen beeindruckten mich.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Ich lache gerne und viel. Am liebsten mit meiner Frau, da wir einen ähnlichen Humor haben.

Meine politischen Schwerpunkte

Ich setze mich ein für eine starke unabhängige Schweiz, unseren Kanton Luzern und deren Bevölkerung mit einer gesunden Finanzpolitik, einer nachhaltigen Energiepolitik sowie einem funktionierenden Verkehrssystem beim öffentlichen, dem motorisierten sowie dem Langsamverkehr. GRADLINIG. BÜRGERLICH.

Warum ich kandidiere

Wegweisende Geschäfte auf Bundesebene wie z.B. das Gesamtsystem Bypass Luzern oder der Durchgangsbahnhof Luzern sind in einer wichtigen Phase. Sie entlasten unsere Kantonsbevölkerung und machen Luzern erreichbar. Unsere Energiesicherheit ist durch Technologieverbote und Einsparungen akut gefährdet, die Migration muss für die Schweiz und den Kanton Luzern verkraftbar sein. Als Luzerner und Unternehmer ist es mir wichtig, mich und meine Politik, welche ich in der nun dritten Legislatur als Kantonsrat vertritt, künftig in Bundesbern einzubringen, sodass unser Kanton Luzern auch für die kommende Generation erfolgreich und «Heimat» ist.

Botschaft aus dem Regierungsgebäude

Das Wahljahr 2023 hat den Kanton Luzern fest im Griff. Nach zwei intensiven und erfolgreichen Wahlkämpfen für den Kantons- und den Regierungsrat geht es nahtlos über in einen lauten und stark parteipolitisch geprägten Wahlkampf für das Bundesparlament. Nicht genug, auch für die Kommunalwahlen vom nächsten Jahr dreht sich das Karussell der Kandidierenden bereits intensiv. Das politische System der Schweiz ist einzigartig. Durch die einmaligen, direktdemokratischen Instrumente Volksinitiative und Referendum erhält das Volk das Recht, jederzeit in den politischen Prozess einzugreifen. Das Parlament kann somit auch während der Legislatur überstimmt werden. Oft wird argumentiert, dass deshalb Wahlen in der Schweiz weniger wichtig seien. Dies mag zutref-

fen und die im Vergleich mit dem Ausland doch deutlich tiefere Wahlbeteiligung zumindest teilweise erklären. Wenn sie, wie im Frühling, in einigen Gemeinden aber deutlich unter 30% liegt, sind wir gefordert. Es wäre fatal, wenn Personen zwar gewählt sind, ihre Legitimation aufgrund der tiefen Wahlbeteiligung aber in Frage gestellt wird. Es gilt somit, Gegensteuer zu geben. Ich bin überzeugt, dass die Menschen nicht plötzlich unpolitisch geworden sind. Es muss deshalb möglich sein, sie zurück an die Urnen zu holen. Wir müssen uns ganz einfach noch mehr engagieren und die Bevölkerung von der Wichtigkeit politischer Entscheidungen überzeugen. Wir müssen ihnen die Angst davor nehmen, sich zu exponieren. Wir müssen wieder ein Umfeld schaffen, in dem Meinungen gehört und akzeptiert

werden. So gelingt es uns, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen. Der Kampf für eine hohe Partizipation ist letztlich auch ein Kampf für eine breit abgestützte Gestaltung unserer Gesellschaft, unseres Kantons und unserer Schweiz. Wenn Menschen der Wahl fernbleiben mit der Begründung «die da oben machen ja ohnehin, was sie wollen!», so hat die Politik versagt.

Jemanden von der Wahlteilnahme zu überzeugen, ist gar nicht so schwierig. Das Ganze reduziert sich auf die Frage: Welche Werte sollen im Parlament gestärkt werden und welche Schweiz wollen wir? Welche Wertvorstellungen sollen den Kanton Luzern in Bern vertreten? Wem trauen Sie zu, die richtigen Verantwortungsträgerinnen und -träger in den Bundesrat zu wählen?

Diese Fragen können alle Luzernerinnen und Luzerner beantworten. Denn alle haben eine Vorstellung, wie die Schweiz sein sollte und wo wir Herausforderungen haben. Europapolitik, Energiepolitik, Sicherheitspolitik, Asylpolitik, Finanzpolitik und vieles andere mehr: Sie wissen, wer die richtigen Fragen stellt – und die zielführenden Antworten parat hat.

Wir alle wollen die Schweiz und den Kanton stärken. Ein Kanton ist dann stark, wenn er breit getragen wird. Stärke fängt somit auch mit einer hohen Beteiligung bei den Wahlen an.

Ich habe deshalb vier Wünsche an Sie:

1. Gehen Sie zur Wahl.
2. Stehen Sie zu Ihrer Meinung.
3. Engagieren Sie sich im Wahlkampf,

indem Sie auch andere motivieren.
4. Geben Sie der Schweiz die richtige Richtung – wählen Sie SVP.

Herzlichen Dank, dass auch Sie sich im Wahlkampf engagieren.



Regierungsrat Armin Hartmann

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste

1



René Marti

Persönlich

Geboren: 1976 Beruf: Unternehmer
Wohnort: 6020 Emmenbrücke Kinder: 2
Zivilstand: verheiratet

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Mineralwasser, Weisswein, Aperol, Bier

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Pirmin Schwander

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Thomas Matter

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Daniel Jositsch

Meine politischen Schwerpunkte

- Freiheit
- Neutralität
- Bildung
- Energie

Warum ich kandidiere

Wir müssen aus dem linksgrünen Trott ausbrechen! Verbieten von Verbrennern und Ölheizungen geht gar nicht. Zumal die Alternativen nicht besser sind und der entstehende Bedarf an Strom nicht gewährleistet werden kann!

Unsere Medien agieren mit Unwahrheiten, welche die Bürger in Angst und Schrecken versetzen. Daraus resultieren falsche Abstimmungsergebnisse, falsche Entscheidungen, falsche Gesetze. Unsere Pflicht besteht darin, die Bürger aufzuklären und politisch die richtigen (vom Bürger gewünschte!) Entscheidungen zu treffen.



Sandra Meyer-Huwlyer

Persönlich

Geboren: 1973 Beruf: Dipl. Bäuerin HFP,
Wohnort: 6285 Hitzkirch Unternehmerin
Zivilstand: verheiratet Kinder: 4

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Butter, Konfitüre, Milch, Käse, Fleisch, alles aus Schweizer Produktion.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Es gibt viele interessante Personen. Aber Toni Brunner und Esther Friedli gebe ich den Vorrang.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Seit Jahren Christoph Blocher.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Mein Mann! Aber auch chaotische Situationen bringen mich später zum Lachen!

Meine politischen Schwerpunkte

- Die Landwirtschaft braucht eine starke Vertretung in Bern. Darum stehe ich ein für eine produzierende, leistungsfähige Landwirtschaft mit Familienbetrieben, mit einem möglichst hohen Selbstversorgungsgrad.
- Für weniger Staat, mehr Eigenverantwortung.
- Für eine vernünftige Energiepolitik, die nicht von utopischen und ideologischen Wunschzielen geprägt ist, und eine Umweltpolitik mit Verstand.
- Für die Stärkung des dualen Bildungssystems mit Berufslehren und ohne überbordende Reformen.

Warum ich kandidiere

Unsere Schweiz und unsere produzierende Landwirtschaft liegen mir am Herzen! Dafür lohnt es sich zu kämpfen!



Bernhard Steiner

Persönlich

Geboren: 1968 Beruf: Kinderarzt und Biologe
Wohnort: 6162 Entlebuch Dr. phil. nat.
Zivilstand: verheiratet Kinder: 4

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Eier, Milch, Käse und Butter, dazu ein richtiges Stück Fleisch. Selbstverständlich aus der Region.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Mit allen Menschen mit Zivilcourage, die den Mut und Verstand haben, kritisch zu denken und offen darüber zu sprechen.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? General Henri Guisan, wie er mit der Politik der bewaffneten Neutralität und seiner ruhigen und überlegten Art die Schweiz einigen und retten konnte.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Meine Frau, meine Familie und Freunde.

Meine politischen Schwerpunkte

- Die Gesundheitsversorgung der ländlichen Regionen wird durch die Schliessung der Regionalspitäler massiv verschlechtert. Die Grundversorgung im Zentrumsspital ist nicht nur teurer, sondern braucht mehr Pflegepersonal und Ärzte.
- Gender-Ideologie, Veganismus und Klimahysterie gefährden die Gesundheit unserer Kinder. Die Kinderpsychiatrien sind überfüllt und die Kinder so verunsichert, dass sie nicht einmal mehr wissen, ob sie als Knabe oder Mädchen geboren wurden.
- Der sozialistische Lehrplan 21 mit seinen pseudomodernen Schulexperimenten wie dem «Schreiben nach Gehör» gefährdet eine solide Schulbildung. Mittlerweile sind die Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik sogar bei Maturanden so schlecht, dass die Studierfähigkeit gefährdet ist.
- Die WHO fordert uns zur Reduktion des Tierbestandes und zum vegetarischen Essen auf, zudem sollen Grillen und Mehlwürmer zum Klimawohl in unser Essen gemischt werden. Dies gefährdet unsere Gesundheit und schränkt diktatorisch unsere Freiheit beim Essen ein.

Warum ich kandidiere

Als Arzt und Politiker setze ich mich mit Courage und Verstand für das Wohl unserer Bevölkerung ein, damit unser Land und unsere Gesellschaft weiterhin frei und unabhängig bleiben.

Die Nationalratskandidaten schauen nach Bern

Sämtliche Wahlkreise stellen mindestens eine Kandidatin oder einen Kandidaten für die Nationalratswahlen im Herbst 2023. Nach vier Jahren linksgrüner Politik in Bern muss eine Trendwende her. Da sind sich alle Kandidaten einig.

Manne wie Froue, jung bis etwas reifer, Buure bis Hausärzte. Die SVP Kanton Luzern kann auch in diesem nationalen Wahljahr mit ihren Nationalratskandidaten beeindrucken. «Ich bin nun acht Jahre im Nationalrat, was in den letzten vier Jahren in Bern debattiert wurde, war Gender-Gaga und Klimakleber-Politik», fasst Nationalrat Franz Grüter

zusammen. Das Einzige, was in den letzten vier Jahren gewachsen ist, sei der Schuldenberg. Da muss im Herbst unbedingt eine Trendwende starten.

Die Motivationen aller Nationalratskandidaten sind verschieden und finden trotzdem Gemeinsamkeiten: Ein-

heimische Anliegen müssen in Bern vertreten sein – die Bundesverfassung müsse zum Schutz des Bürgers eingehalten werden – wir dürfen die Schweiz nicht verkaufen – produzierende Landwirtschaft mit Eigenversorgung – Gender- und Geschlechterpolitik führt die pubertierende Jugend in die Kinderpsychiatrie – man wolle bewegen und mitgestalten, oder schlicht: es braucht einfach mehr Vroni!

Eines hört man aus allen Kandidaten raus. Die Themen, welche in Bern debattiert werden, sollen die Schweiz weiterbringen und nicht zusätzliche Hürden schaffen.



(v.l.) Reto Frank, René Marti, Jasmin Ursprung, Bernhard Steiner, Vroni Thalmann, Sandra Meyer-Huwlyer, Dieter Haller, Andy Wandeler, Franz Grüter

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste

1



Vroni Thalmann-Bieri

Persönlich

Geboren: 1969
Wohnort: 6173 Flüfli

Zivilstand: verheiratet
Beruf: Bäuerin /
Sozialvorsteherin

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Frische Milch von unserem Hof und den feinen «Chäsianke» von unserer Entlebucher Spezialitätenkäserei AG.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Joel Wicki, Schwingerkönig 2022. Topleistungen im Sägemehring und Arbeit auf dem Bauernhof unter einer Hut zu bringen und dabei bescheiden zu bleiben, das ist grossartig.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Mit SRF-Radio-Nachtclub-Moderator Ralph Wicki. Manchmal lustig, manchmal tiefgründig, aber immer echt. Ich höre ihn oft, wenn ich nachts von Sitzungen oder Veranstaltungen nach Hause fahre.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Emil Steinberger. Immer noch. Humor ist ein optimaler Ausgleich zur Politik. Dort braucht man einen breiten Rücken und mit Humor gehts einfach leichter. Auch über sich selbst lachen muss möglich sein.

Meine politischen Schwerpunkte

- Landwirtschaft, KMU-Wirtschaft und Tourismus brauchen gute Rahmenbedingungen. Und als «Entlebucher Grind» weiss ich, wovon ich spreche.
- Gesundheit, Soziales und Familie: Wie wichtig das ist, weiss ich aus meiner täglichen Erfahrung als Sozialvorsteherin. Wenn die Familie funktioniert, funktioniert auch vieles andere.
- Freiheit und Sicherheit sind unsere wichtigsten Schweizer Werte. Die Geschichte lehrt uns, dass wir dazu Sorge tragen müssen.

Warum ich kandidiere

Seit bald 20 Jahren politisiere ich nun auf Gemeinde- und Kantonebene. Immer mehr sehe ich, dass man in Bundesbern einfach mal wieder Leute von der Basis braucht. Menschen, die das Leben annehmen, arbeiten und sozial gestalten. Mit Tradition und Brauchtum, Verantwortung wahrnehmen und vorleben. Es braucht keine Sozialindustrie und keinen aufgeblähten Staat für Einzeltäter, sondern ein Leben, wo der Einzelfall Platz hat, ohne dass ringherum eine Heerschar von Auflagen gemacht wird.



Jasmin Ursprung

Persönlich

Geboren: 1990
Wohnort: 6044 Udligenswil

Zivilstand: ledig
Beruf: dipl. Wirtschafts-
prüferin

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Schweizer Eier, Milch, Gemüse und Fleisch

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Jede Person, welche ihren Traum lebt.

Mit wem würden Sie gerne mal einen Kaffee trinken gehen? Beatrice Egli, weil sie bodenständig

Meine politischen Schwerpunkte

- Verantwortungsvoller Umgang mit Steuern, Gebühren und Ausgaben
- Verlässliche Rahmenbedingungen für sichere Arbeitsplätze
- Starke Bildungsstrukturen mit Perspektiven
- Weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung
- Sichere Renten, bezahlbare Krankenkassenprämien und genügend Wohnraum

Warum ich kandidiere

Als engagierte Politikerin will ich mich mit Leidenschaft für unsere Schweiz einsetzen – verantwortungsvoll, verlässlich und kompetent.

eine internationale Karriere aufgebaut und stets eine positive Einstellung hat.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Meine Familie, Freunde, Pferde und unsere Katze Lucinda – ein Tag ohne Lachen ist ein verlorener Tag.



Andy Wandeler

Persönlich

Geboren: 1964
Wohnort: 6144 Zell

Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmer,
Sicherheitsfachmann

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Jogurt, Fleisch, Gemüse und ein leeres Weissweinglas

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Wahlkampfleiter Marcel Dettling, sehr positive Ausstrahlung mit Nachahmereffekt

Meine politischen Schwerpunkte

- Keine unkontrollierte Einwanderung – keine 10-Millionen-Schweiz
- Sicherheit und Wohlstand für alle, die sich am Arbeitsmarkt beteiligen
- Für unternehmerisches Handeln und für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz
- Für eine produzierende Landwirtschaft mit hohem Selbstversorgungsgrad
- Für die Sicherheit, Freiheit und Stärken unserer Schweiz

Warum ich kandidiere

- Mir macht die Entwicklung unseres Landes Sorgen. Grosse Zuwanderung, Asyl und Migration und bald eine 10-Millionen-Schweiz.
- Ich setze mich ein für unternehmerisches Handeln und für einen steuergünstigen starken Wirtschaftsstandort Schweiz.
- Für eine produzierende Landwirtschaft mit hohem Selbstversorgungsgrad unserer Bevölkerung.
- Wir dürfen nicht mit einer falschen Politik im europäischen Mittelmass verschwinden.
- Wir verspielen unsere Stärken, das, was unsere Väter mit Fleiss aufgebaut haben. Somit ist auch unser Wohlstand in Gefahr.
- Unser Kanton soll ein attraktiver, steuergünstiger, unternehmensfreundlicher Standort sein.
- Die Bevölkerung soll für ihre Arbeitsleistung auch etwas im Portemonnaie haben.
- Infrastrukturen wie Wohnungen, ÖV und Strassen müssen dem Bevölkerungswachstum angepasst werden.
- Üsi Landwirtschaftsbetriebe, üsi Gärtner von der Natur sollen respektiert werden. Menschen, Tiere, Berge und Täler, das ist unsere Schweiz, schaffen wir die nötigen politischen Voraussetzungen.

Noch mehr linksgrüne Politik heisst höhere Steuern, Asyl-Chaos und Gender-Gaga

Ein Resümee der vergangenen Legislatur von Nationalrat Franz Grüter

Die Parlamentswahlen 2019 brachten einen deutlichen Linksrutsch. Die Grünen gewannen im Nationalrat 17 Sitze hinzu, die Grünliberalen konnten 9 Sitze zulegen. Die Grünliberalen stimmen im Parlament mehrheitlich mit der SP und den Grünen. Oder anders gesagt: Ich erlebe die Grünliberalen in Bern vor allem als Grün, aber nicht als liberal.

Die Folgen dieses Linksrutsches sind für jeden deutlich spürbar: höhere Ab-

gaben, Steuern und Preise. Das ist alles Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern und den Familien im Portemonnaie fehlt. Hinzu kommt ein immer destruktiveres Verhalten durch die unsäglichen Klimakleber, welche die arbeitende Bevölkerung mit ihrem Verhalten zunehmend drangsalieren.

Was kostet mich linksgrüne Politik?

Linksgrüne Politiker sind sehr grosszügig... mit fremdem Geld. Nichts ist einfacher, als die Steuergelder von ande-

ren auszugeben. Dass jeder Steuerfranken zuerst erarbeitet werden muss, ist diesen Leuten offenbar weniger klar. Das hat auch damit zu tun, dass viele linksgrüne Politikerinnen und Politiker sich nie auf dem freien Arbeitsmarkt bewähren mussten. Was kostet uns diese linksgrüne Politik? Zwei aktuelle Beispiele:

- Die linksgrünen Parteien wollen die Spritpreise massiv erhöhen. Zum Beispiel mit zusätzlichen CO₂-Abgaben.



Symbolbild



Die grüne Fraktionschefin fordert einen **Benzinpreis von 5 Franken pro Liter**. Das wären 250 Franken pro Tankfüllung! Davon betroffen sind alle, die auf ein Auto angewiesen sind, die ländliche Bevölkerung, Familien, Pendler und das Gewerbe.

Für dieses Jahr hat allein der Bund über 4000 Millionen Franken für das Asylwesen budgetiert. Das sind pro Kopf 450 Franken. **Sie zahlen 450 Franken Steuern für jeden Asylmigranten.** Dazu kommen die Kosten in den Gemeinden und Kantonen für Integration, Krankenkassen, Sozialleistungen, Wohnungen usw.

Das Ganze ist gekoppelt mit einer masslosen Zuwanderung, die auch letztes Jahr wieder Rekordwerte erreichte. Über 188 169 Personen sind zusätzlich in die Schweiz gekommen. In meiner Schulzeit betrug die Bevölkerung der Schweiz rund 6.5 Mio. Personen. Ende 2022 sind wir bei fast 9 Mio. Einwohnern angekommen. Und wenn es so weitergeht, sind wir bald bei 10 Mio. Menschen in der Schweiz.

Die Resultate dieser verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik spüren wir täglich. Gemeinden kündigen Schweizerinnen und Schweizern die Wohnungen, damit sie Leute, die Asyl erhalten, unterbringen können. Es gibt nicht mehr genügend Wohnraum. Gleichzeitig fordern linke Parteien Landauszonungen und verdichtetes Bauen. Bezahlbarer Wohnraum wird dadurch für Normalverdiener immer unerschwinglicher.

2021 gab es über 32 000 Stautunden, mit Kostenfolgen in Milliardenhöhe. Seit 2005 haben sich die Stautunden verdreifacht. Die Medien finden alle erdenklichen Gründe für diese negative Entwicklung, nennen aber nie die Zuwanderung als Haupttreiber.

Strassen, Busse und Züge sind überfüllt. In den Notfallaufnahmen der Spitäler herrschen grosse Warteschlangen. Auch der Energieverbrauch der Schweiz steigt damit weiter an.

Diese enorme Zuwanderung generiert Bedarf an mehr Wohnraum, Ärzten,

Krankenbetten, Pflegepersonal, Schulklassen, Schulhäusern, Autos, Kraftwerken usw.

Ich habe selber viele Länder dieser Welt gesehen und teilweise auch dort gelebt. Darunter Länder, die als klassische Zuwanderungsländer gelten, wie die USA, Kanada oder Australien. Die Zuwanderungssysteme dieser Länder basieren zum grössten Teil auf klaren Qualifikationskriterien. Man ermöglicht Zuwanderung für Leute, die man im Arbeitsmarkt benötigt, definiert durch klare Kriterien. Und es herrscht ein strenger Inländervorrang.

Ich bin überzeugt, dass wir unser Zuwanderungssystem dringend reformieren müssen, wenn die Schweiz nicht zum Stadtstaat werden soll. Mit der soeben lancierten Nachhaltigkeitsinitiative der SVP zeigen wir einen konkreten Lösungsvorschlag dazu auf. **Die Zeit für eine Wende ist dringend notwendig. Damit die Schweiz auch in Zukunft lebenswert und sicher bleibt.**

Gender-Gaga an den Schulen?

Womit sich unser Parlament so beschäftigt: Eine grüne Nationalrätin aus der Zentralschweiz forderte «genderneutrale Strassenschilder». Auf Strassenschildern darf man also nicht mehr Frauen oder Männer darstellen.

Dieser Gender-Wahn kommt aus den USA und wird nun auch in der Schweiz von den linksgrünen Parteien verbreitet. Nach dieser Ideologie gibt es keine

biologischen Frauen und Männer. Nun soll dieser Unsinn auch noch an den Schulen vermittelt werden. Sogar minderjährige Kinder werden dieser Ideologie ausgesetzt.

Arbeiten für Staatsangestellte?

Bundesbeamte verdienen im Schnitt rund 117 000 Franken im Jahr – 14 000 Franken mehr als in der Privatwirtschaft. Und wir vergleichen hier Angestellte mit gleichem Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Erfahrungshintergrund.

Glücklich ist also, wer beim Bund arbeitet: Er bekommt anderthalb Monatslöhne mehr. **Im Nachteil sind private Angestellte**, die massiv weniger verdienen und mit ihren Steuergeldern noch die öffentlichen Saläre mitfinanzieren müssen. Die Personalausgaben beim Bund betragen mittlerweile 6,06 Milliarden. Das entspricht den Einnahmen

von 2 Prozent Mehrwertsteuern oder rund 690 Franken pro Person. Früher galt das Motto, dass Staatsangestellte tiefere Saläre haben als in der Privatwirtschaft, dafür geniessen sie eine hohe Stellensicherheit.

Zu den hohen Löhnen kommen weitere Vergünstigungen: Ortszuschläge, Treueprämien, Funktionszulagen, Sonderzulagen, Leistungsprämien, Spontanprämien, Arbeitsmarktzulagen, Familienzulagen und ergänzende Leistungen, Zulagen für die Verwandtschaftsunterstützung und Auslagen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Stadt Bern pensioniert ihre Mitarbeitenden im Alter von 63 Jahren! Wer finanziert diesen Beamten-Luxus?

Fazit: Wer diese linksgrüne Politik stoppen will, wählt am 22. Oktober SVP.



Nationalrat Franz Grüter im Nationalratssaal

Listenverbindung

Die Nebenliste der Aktiven Senioren

Die Bedeutung der Senioren in der schweizerischen Gesellschaft nimmt stetig zu. Aus diesem Grund sollen sie auch entsprechend in den zuständigen Parlamenten vertreten sein.

Die Aktiven Senioren Luzern engagieren sich für eine Schweiz, in der die Älteren als Betroffene bei Altersfra-

gen eine Stimme haben. Die Aktiven Senioren Luzern wollen:

- mitreden bei alterspolitischen Fragen
- der älteren Bevölkerung Gehör verschaffen
- mithelfen, den Pflegenotstand zu stoppen

- dass die Finanzierung der Kosten für die Betreuung zu Hause lebender Seniorinnen und Senioren sichergestellt wird

Die Aktiven Senioren Luzern sind Mitglied des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen. Über den Schweizerischen Seniorenrat sind sie

damit Ansprechpartner des Bundesrates. Die heutige Generation der Senioren hat durch ihre unermüdliche Aufbauarbeit massgeblich den gegenwärtigen Wohlstand der Schweiz geprägt. Deshalb soll ihre Würde gewahrt werden!

Hans Jörg Hauser, Präsident Aktive Senioren Luzern



Die Nebenliste der Jungen SVP

Die Junge SVP des Kantons Luzern geht voller Entschlossenheit und Energie in die anstehenden Nationalratswahlen im Herbst 2023. Mit Überzeugung präsentieren wir unsere eigene Liste, um die Interessen und Anliegen der jungen Generation wirksam zu vertreten. Als junge Menschen stehen wir vor spezifischen Herausforderungen, die eine starke Stimme erfordern. Wir setzen uns für Werte wie Eigenverantwortung, Freiheit und Sicherheit

ein. Unsere Politik basiert auf einer starken Wirtschaft, einer massvollen Zuwanderung und einer auf die Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten Politik. Unsere eigene Liste ist ein klares Signal an die etablierten Parteien: Die Interessen der jungen Generation müssen ernst genommen werden. Wir möchten eine aktive Rolle im Nationalrat spielen und unsere Ideen und Visionen einbringen, um eine zukunftsfähige Politik zu gestalten.

Wir rufen alle Wählerinnen und Wähler auf, uns bei den Nationalratswahlen im Herbst 2023 zu unterstützen. Geben Sie uns Ihre Stimme, um eine starke Vertretung der jungen Generation im Parlament sicherzustellen. Gemeinsam können wir eine Politik formen, die auf die Bedürfnisse und Zukunftsaussichten der jungen Menschen ausgerichtet ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine Politik, die die Anliegen der jungen

Generation berücksichtigt, langfristig für uns alle von Vorteil ist. Unterstützen Sie die Junge SVP des Kantons Luzern und setzen Sie ein Zeichen für eine Politik, die die Interessen der jungen Generation vertritt. Gemeinsam gestalten wir eine starke Zukunft!

Lucian Schneider, Co-Präsident JSVP Luzern



Die Nebenliste der SVP International

Genug ist genug! Deutschland, Schweden, Frankreich sind bekannt für ihre Politik der offenen Grenzen. Schengen ist gescheitert. Die massive Einwanderung und der Aufbau einer lukrativen Asylindustrie haben in Europa zu schwerwiegenden Problemen geführt. Die Integration der Immigranten stellt die ortsansässige Bevölkerung überall vor grosse Probleme.

Diese werden tagtäglich mit starker Besorgnis von der Bevölkerung wahrgenommen. Frankreich bekämpft vergeblich die Ausschreitungen im ganzen Land. Schweden leidet stark unter den mafiösen Banden in Stockholm, Göteborg und Malmö. Ambulanzen und Feuerwehr können nur noch unter grösstem Polizeischutz arbeiten. Sie werden oft von den Be-

wohnern behindert und angegriffen. In Berlin ist das Baden in öffentlichen Schwimmbädern nicht mehr sicher. Die Bäder werden geschlossen. Das Faustrecht herrscht!

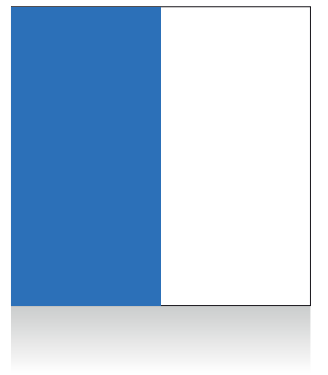
Die Schweiz hat die Einwanderung in der Vergangenheit sehr gut gemeistert. Mit über 168 500 Neumigranten im Jahr 2022 ist die Integration

nicht mehr zu schaffen! SVP International unterstützt die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Inge Schütz, Präsidentin SVP International



So wählen Sie im Kanton Luzern richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzetteln (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die SVP-Liste Nummer **1** unverändert ins kleine Couvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf den leeren Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Dieter Haller. Lassen Sie die zweite Zeile leer. Das stärkt Dieter Haller.

5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, sodass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.

Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

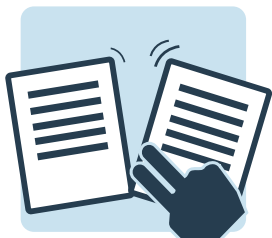
Couvert bis spätestens **19. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **20. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **22. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 1 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 1 ins kleine Couvert legen.



4. Ständeratsliste ausfüllen.



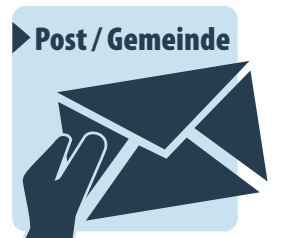
5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Für den Ständerat:



Für den Nationalrat:

